

## Delegation ist nicht gleich Delegation

Aufregung in Schrassiger Justizvollzugsanstalt: Neue Häftlingsvereinigung schmückt sich mit fremden Federn

In der Strafvollzugsanstalt in Schrassig sorgt derzeit eine neue Vereinigung für Aufregung. „Délégation des détenus“ nennt sich die a.s.b.l. – mit einem kleinen Schönheitsfehler: Es handele sich nicht um die wirkliche Häftlingsdelegation, so Gefängnisdirektor Vincent Theis gegenüber unserer Zeitung.

Die Vereinigung wurde erst vor wenigen Wochen ins Leben gerufen und umfasst laut Vincent Theis neben dem Gründer nur einige wenige Mitglieder – gegenüber insgesamt rund 600 Häftlingen in Schrassig.

Die Gefängnisinsassen werden aber bereits seit den 1970er-Jahren von einer „Délégation des détenus“ vertreten, die damals auf Initiative des Justizministers ins Le-

ben gerufen worden war. Sie repräsentiert „nicht alle, aber doch den größten Teil der Häftlinge“, so Vincent Theis. Diese Delegation ist nicht formell organisiert, aber demokratisch von den Häftlingen gewählt.

Zwar besitzen die Häftlinge das Recht, eine Vereinigung zu gründen – ihr „droit d'association“ verlieren sie durch die Verurteilung nicht. Doch in diesem Fall gab sich die Vereinigung einen Namen, den sie sich sogar schützen ließ, der aber mit der Realität nicht übereinstimmt.

Und damit sorgen sie für viel Aufregung unter den Akteuren des Justizwesens – durch eine breit angelegte Kampagne u. a. bei Abgeordneten und der Ombudsfrau

für die Rechte der Kinder. Sie bitten dabei um Unterstützung, fordern Änderungen im Luxemburger Strafvollzug und haben sogar bei der Stadt Luxemburg ein Subsid angefragt.

Vincent Theis betont, dass die Vereinigung selbstverständlich im Gefängnis Räumlichkeiten für Unterredungen zur Verfügung gestellt bekomme – doch ihre Gesprächspartner sollten sich im Klaren sein, dass es sich nicht um die tatsächliche Häftlingsdelegation handelt, die regelmäßig zu Gesprächen mit der Direktion zusammentrifft, sondern um „die Eigeninitiative einer Handvoll Häftlinge“.

Unter den Personen, die von der neuen Vereinigung kontaktiert

wurden, ist Marie-Anne Rodesch-Hengesch. Auf unsere Nachfrage hin erklärte die Präsidentin des Ombudskomitees für die Rechte der Kinder, dass sie keinerlei Kontakt mit der neu geschaffenen Vereinigung unterhalten wolle. Diese fordere insbesondere, dass die Häftlinge bessere Bedingungen für Besuche von Kindern bekommen sollen. Die Gefängnisleitung habe den Häftlingen aber zu diesem Zweck bereits angemessene Räumlichkeiten, auch mit Spielzeug, zur Verfügung gestellt. Man habe der Vereinigung die von ihr gewünschten Plakate über die Rechte der Kinder geliefert, doch dabei wolle man es bewenden lassen, so Marie-Anne Rodesch-Hengesch. (raz)